



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus England.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aus England.

Der zur Untersuchung der Parlamentswahl in Chatham niedergesetzte Ausschuss hat jetzt einen Bericht an das Unterhaus abgestattet. Die ganze Wahlgeschichte bleibt in der officiellen Darstellung ebenso scandalös für das vorige Ministerium, wie sie schon in den Zeugenaussagen, die wir vor einigen Wochen zu einer Darstellung dieses merkwürdigen Falles benutzten, ausfiel. Auf dem Admiralitätssecretair des Ministeriums Derby bleibt die wohlbegründete Beschuldigung haften, daß er mit gewissenloser Parteisucht bei der Besetzung von Stellen in den Marinearsenalen nicht die Fähigkeiten, sondern die politische Farbe und Gesinnung der Empfohlenen berücksichtigt, und daß er dem Unterhause wesentlich Unwahrheiten gesagt hat. Selbst für sein Departement vom Unterhause verwilligte Gelder hat er zu Partezwecken verwendet. Eine sehr traurige Rolle spielt bei der ganzen Geschichte der ehemalige erste Lord der Admiralität, der Herzog von Northumberland, der, obgleich Chef des Ministeriums, sich nicht um das Geringsste bekümmert und Alles seinem Secretair, der nicht einmal Mann von Fach war, überlassen hat. Es mag dies Vorsicht gewesen sein, um nicht bei dem Publicum als Mitbetheiligter zu erscheinen. Auch Lord Derby und Herr Disraeli haben sich aus der Sache zu ziehen gewußt. Als es herauskam, daß Herr Stafford vor zwei Zeugen geäußert habe: „er werde so sehr von Lord Derby und Herrn Disraeli gedrängt, daß er sich nicht helfen könne,“ meldeten sich Beide freiwillig bei dem Ausschuss, und läugneten auf das Bestimmteste, jemals in dieser Weise auf Herrn Stafford eingewirkt zu haben. So ist der ehemalige Admiralitätssecretair als einziger Sündenbock zurückgeblieben. Der Bericht des Ausschusses, obgleich er sich ohne Schonung über den Schuldigen ausspricht, überläßt weitere Schritte dem Hause. Die öffentliche Meinung verlangt dieselbe mit großem Nachdruck, und es hat daher einen üblen Eindruck gemacht, daß Sir J. Graham und Lord J. Russell versucht haben, dem Scandal ein Mäntelchen umzuhängen, indem sie die Ueberzeugung aussprachen, Herr Stafford habe nur aus Unwissenheit, nicht aus bösem Willen gesündigt. Allerdings haben beide Parteien in Sachen der Wahlcorruption viel zu verantworten, und es mag Manchem das Gewissen schlagen. Aber die öffentliche Meinung verlangt mit Entschiedenheit, daß der Unsitte ein Ende gemacht werde, und das Ministerium thäte gut, wenn es seinen Einfluß auf das Unterhaus in dieser Richtung verwendete. Durch das kräftige Ineinanderwirken der parlamentarischen Gewalt und der freien Presse wird jeder Mißbrauch der Amtsgewalt, der in andern Ländern in ewige Vergessenheit begraben bleiben wird, sogleich aufgedeckt, und wenn das Unterhaus Rücksichten nimmt ihn zu bestrafen, so steht hinter ihm die mächtige Controle der ewig wachen Presse und der öffentlichen Meinung.

Dem Continent zur Nachahmung ließe sich ein Stück englischer Ministerialismus empfehlen. Als Herr Gladstone, der Kanzler der Schatzkammer oder Finanzminister, dem Unterhause seinen Plan auseinandergesetzt hatte, wie er, um ein weiteres Fortschreiten auf dem Wege des Freihandels möglich zu machen, die Einkommensteuer auch von Einkommen von 100 Pfd. (anstatt wie bisher zu 150 Pfd. herab) erheben wolle, erhielt er von einem mit 100 Pfd. salarirten Commis einen Brief, welcher in sehr gemäßigten Ausdrücken sich über die beabsichtigte Maßregel, als über eine Ungerechtigkeit beklagte, da er bezweifelte, daß die früheren Zollerleichterungen seine Lage um so viel verbessert hätten. Als Antwort schreibt ihm der Schatzkanzler einen Brief, in welchem er ihm ausführlich auseinandersetzt, daß es bei einer noch weitern Herabsetzung der Zölle auf die nothwendigsten Lebensbedürfnisse eine Ungerechtigkeit gegen diejenigen sei, welche ein Einkommen von 150 Pfd. versteuern mußten, wenn man nicht tiefer in die Klasse griffe, welche von den neuen Zollreformen noch reichlicheren Gewinn zögen, als die Vermögenden, und weist ihm nach, wie eine Familie von einem Ehepaar und fünf Kindern, ebenfalls mit 100 Pfd. Einkommen, bei dem mit ihren Einnahmen in Verhältniß stehendem und wirklich ermitteltem Verbrauch von Thee und Seife durch die Zollermäßigungen allein jährlich 1 Pfd. 16 sh. erspare, und daß außerdem nämlich Butter, Käse und andere von den weniger Bemittelten reichlich genossene Lebensmittel zollfrei seien, weshalb er hofft, daß der remonstrirende Commis von seiner in dem Briefe ausgesprochenen Meinung zurückkommen werde. Ist es ein Wunder, daß bei einer solchen Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung die Regierung stets bereitwillige Unterstützung findet, anstatt daß auf dem Continente jeder ihrer Schritte mit Mißtrauen beobachtet wird, und häufig auch Unzufriedenheit erregt, wo es gut gemeint ist, blos weil es das Mandarinenthum, glücklich im Monopol aller Regierungseinsicht, nicht für gut findet, den beschränkten Unterthanenverstand aufzuklären?

In Sachen der hohen Politik ist die orientalische Frage natürlich immer noch im Vordergrund. Anfangs scheint wirklich das englische Cabinet in einem wunderbaren Vertrauen in die Aufrichtigkeit der russischen Diplomatie befangen gewesen zu sein, und sein tiefes Mißtrauen gegen die Politik des gegenwärtigen französischen Machthabers mag es abgeneigt gemacht haben, mit diesem, dessen übertriebene Forderungen in Bezug auf die heiligen Orte man ohnedies nicht billigen konnte, einen Weg zu gehen. Jetzt, wo der Bruch in Constantinopel, und die ungemessenen Forderungen Oestreichs an Sardinien und die Schweiz gezeigt haben, wie gefährlich eine Fortdauer der Entfremdung zwischen den beiden westlichen Großmächten ist, hat man sich wieder genähert, und die Minister haben feierlich vor dem Parlament erklärt, daß das englische und französische Cabinet in der orientalischen Frage einträchtig zusammenwirken werden. Das Wie? ist noch ein unentschleiertes Geheimniß.